

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Kernsprecher Nr. 58.

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Kernsprecher Nr. 58.

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Als Beigabe des St. Quirinusblattes. Preis für den Monat durch Boten ins Haus gebracht Mk. 5.00. Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46. Reichsbank-Giro-Konto. Postfach-Konto 3331 41800.



Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem künftigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9spaltige Zeile 1.25 Mark, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 1.50 Mark, und für die 4spaltige Reklamezeile 4.00 Mark. Anzeigen erbeten bis 6 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages. Zahlung bei Aufgabe.

Nr. 210.

Redaktion: J. G. G. G. G.

Samstag, 3. Juli 1920. (Culogius.)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

47. Jahrgang.

Politische Rundschau.

Drei lange Wochen hat die Bildung des neuen Ministeriums gedauert und wer weiß, ob die heutige Zusammenstellung viel länger anhalten wird, als diese Zeit der Vorbereitung. Das ist an sich wenig erbaulich, wie die ganze politische Lage heute aussieht, aber es kann diejenigen nicht irre machen, welche die große Not des Vaterlandes erkennen und Opfermut genug besitzen, die notwendigen Schritte zu tun, wenn sie auch in breiten Massen wenig Verständnis dafür finden werden.

Der Weg nach Versailles zum Unterzeichnen des ungeliebten Friedens war nicht leicht und doch gab es keine andere Rettung. Das Zentrum ist in führender Stellung gegangen, unbedenklich, ob es dafür Dank oder Lob ernten werde. In gleicher Weise ist auch der Gang nach Spa eine Vergeltungsschuld und auch kein Überdruß, bei dem sich die Parteien ernten lassen. Und doch muß er gegangen werden, er ist eine der bittersten Notwendigkeiten des verlorenen Krieges. Darüber muß man sich von vornherein klar werden. Ein Wohlwollen, das uns mit Glacéhandschuhen anfaßt, finden wir bei dieser Konferenz an keiner einzigen Stelle. Ein entgegenkommendes Interesse werden wir dagegen bei England und noch mehr bei Italien finden. Aber dieses wird uns nicht in erster Linie unterstützen entgegengebracht, sondern zumeist deshalb, um anderen Interessen dienen zu können. Man gibt ja auch einen Ausblick auf die Zukunft, damit sie reichlich und gute Milch erzeugt. Das ist in wesentlichen die Rolle, die wir wenigstens in der nächsten Zukunft zu spielen haben werden. Dazu kommt aber von mancher Seite auch noch eine gute Dosis unerschütterlicher Gerechtigkeit, der uns das bürgerliche Leben und Arbeiten nach mit Unerschütterlichkeit und Unabgänglichkeit vertritt. Somit haben die Vertreter Deutschlands auf dieser Konferenz ein recht undankbares Amt, denn sie können gar nicht das erreichen, was Deutschland aufstellen stellen könnte. Es ist deshalb wahrscheinlich kein Wunder, wenn Präsident Fehrenbach die Rangierschaft des Reiches übernahm und unermüdlich tätig war, eine arbeitssame Regierung zustande zu bringen. Er hat sich damit in den schwierigsten Tagen ein großes väterliches Verdienst erworben, und die Männer, die an seine Stelle getreten sind, um ihn zu führen, nehmen an diesem Verdienst teil. Das Programm des Reiches ist das Programm der Reichsregierung und will auf der rechten Seite der Reichsregierung nach außen und nach innen durchzuführen. Das ist die Aufgabe, die jeder hätte durchführen können, denn das Wohl des Reiches ist das Ziel. Sich dieser Aufgabe entgegen mag sehr bequem sein, aber ehrenvoll und dem Staat dienlich ist es nicht. Auch für die so wohlwollende Neutralität laufen wir uns ein-

weisen sehr wenig, denn sie kann jeden Augenblick in das Gegenteil umschlagen. So stark ist das Ganze nicht, wie es doch gerade heute notwendig wäre, sondern man erzeugt einen Zustand der Unsicherheit, der unsere Position sowohl den Gegnern gegenüber, wie angesichts der noch immer auf Annäherungen sinnenden inneren Feinde, wesentlich schwächt. Der mangelnde Mut der Mehrheitssocialisten, sich an dem Wiederaufbau aktiv zu beteiligen, ist sehr bedauerlich. Man fürchtet die radikalen Elemente, die in den Reihen der Wähler allerdings bei den letzten Wahlen einen erfolgreichen großen Ausbruch vollführten, und will nun andere Leute die Radikanten aus dem Feuer holen lassen. Vor dem Radikalismus hat man in diesen Reihen nie viel Mut bezeugt, heute wäre man der Unruhe längst Herr, wäre man in der Vergangenheit nicht stets wieder zurückgewichen, sobald ein energisches Handeln geboten erschien.

Vor dieser Kurage, im entscheidenden Augenblick zu handeln, hat man auch heute noch mehr Angst als zuvor und das ist nicht der letzte Grund, weshalb man überhaupt nicht mittun will. Vielleicht aber findet man es später doch für gut, mit dem alten radikalen Bruder an einem Seile zu gehen und alles brunter und drüber gehen zu lassen. Das aber wird erst recht das Absinken der Massen nach links bedeuten und damit überhaupt die Mehrheitssocialisten von der Bildfläche verschwinden machen.

Am vergangenen Montag hat sich das neue Ministerium dem Reichstag vorgestellt mit einer Meisterei des Reiches, die sich nach vorgelegt. Das Programm, welches er entwickelte, mußte mit zögernder Gewalt allen Anerkennung abringen, die es mit der Rettung des Vaterlandes ernst meinte. So fand es denn nicht nur Zustimmung bei der Regierung, sondern auch bei den Parteien, die über diesen Rahmen hinaus, selbst bis in die Reihen der Unabgängigen. Es war ein Ruf zur Sammlung in der Stunde der Not, der uns alle erfasste und der auch im Hinblick auf die vor der Tür stehenden Tage von Spa nicht ohne Bedeutung bleiben kann. Will man Deutschland leben und sich wieder aufstellen lassen, so muß man die Bahnen gehen, die der neue Reichsminister so offen und freimütig wie schon gezeichnet hat.

Die Berliner Parteien haben nur kurze Tagungen gehabt, wo alles in der Luft hängt, ist eine zusammenhängende Arbeit recht schwer. Der Reichstag hat sich konstituiert, seinen Vorstand bestellt und alsdann das Programm der Regierung besprochen, was länger dauerte, als man erst annahm. Auch der preussische Landtag hat nur einige Arbeitstage zu verzeichnen, in denen er den Notat feststellte und genehmigte. Es gibt Leute rechts und links, die auch ihn bald zur Auflösung bringen möchten. Aber was muß das, man hat es im Reich gesehen. Die

Schwierigkeiten werden nur größer, ohne eine definitive Lösung herbeizuführen. Namentlich die Lage des künftigen Preussens, die Selbständigmachung seiner verschiedenen Stämme ist so ungeklärt, daß auf dieser Grundlage eigentlich Neuwahlen ein Ding der Unmöglichkeit sind. Zudem ist endlich die Verfassungsfrage ja noch gar nicht geklärt und erledigt. Nicht einmal ein neues Wahlgesetz ist vorhanden. Will man das alles mit der nötigen Gründlichkeit und Ruhe betreiben, so hat die Landesversammlung bis zum Ende des Jahres noch reichlich Arbeit.

In Deutsch-Oesterreich hat man zwar keine Neuwahlen gehabt, steht aber doch in den gleichen Schwierigkeiten hinsichtlich der Regierung wie in Deutschland. Die alte Koalition ist in die Brüche gegangen und die Versuche, sie notdürftig wieder zusammen zu fügen, sind mißglückt. Einweilen hatten die alten Minister die Geschäfte weitergeführt, aber auch das wurde unmöglich, so daß die christlich-sozialistische Partei ihre Leute von den führenden Stellen abberief. Nun aus diesem Glend herauszukommen, wollte man nun einweilen ein neues Beamtensystem einführen, aber dem widersprach die Verfassung, die das parlamentarische System als ein reines Recht ansieht. Man muß sich also auf die eine oder andere Art untereinander vertragen, oder dem Volke durch Neuwahlen die Entscheidung unterbreiten.

Das neue italienische Ministerium Giolitti hat im ganzen Lande eine gute Aufnahme gefunden. Man schaute sich nach einem Mann, dessen Hand stark genug sei, dem Auslande gegenüber das Interesse des Staates zu vertreten, und dann aber auch im Innern für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Die Elemente, denen das Rechte nicht paßt, versuchen zwar in Overturen wieder neue Ausstände und Unruhen, aber man darf wohl erwarten, daß diese Bewegung auf ihren Bereich beschränkt bleibt und überwunden wird.

Schlimm sieht es in Irland aus. Die blutigen Unruhen sind an der Tagesordnung. Die englische Regierung geht mit ihren großen Militäraufgeboten scharf vor und erzeugt dadurch neue Erbitterung, die den Bestrebungen der Sinnfeiner stets neue Nahrung zuführt. Man hat Irland jahrelang und namentlich während des Krieges sehr viel versprochen, und nichts ist bisher in Erfüllung gegangen. Da darf man sich nicht wundern, daß sich dadurch langsam ein vollständiger Kriegszustand herausgebildet hat.

Gr.

Die furchtbare Frage: Wie soll es werden?

Reichsfinanzminister Dr. Wirth ist kein Schönfärber, er gibt der Wahrheit die Ehre, und

wen sie uns bis ins Innerste erschrecken muß. In seiner großen Donnerstagsrede zeigte er zunächst die drei Entwicklungsstufen unserer Reichsfinanzwirtschaft.

In der ersten Zeit des Krieges konnte noch aus dem Vollen der Volkswirtschaft geschöpft werden. Vom Jahre 1917 ab beginnt die zweite Phase der wachsenden Finanznot. Unsere Volkswirtschaft ist damals schon stark ausgebeutet worden. Nun beginnt der eigentliche Kampf um den physischen, materiellen und finanziellen Kraft unserer Nation.

Und dann kam der Zusammenbruch militärisch und politisch, und mit ihm tritt die dritte Phase unserer Finanzen in das dritte Stadium. Es beginnt die geradezu bedrückende Zunahme der schwebenden Schulden. Der Haushalt des Jahres 1919 weist rechnungsmäßig die geradezu fabelhafte Summe von 74,5 Milliarden Mark auf. Darunter sind allerdings 1,8 Milliarden Schuldentilgung enthalten. Aber auch die 72 Milliarden Summe übersteigt geradezu jedes Vorstellungsvermögen. Ein Haushalt von 72 Milliarden! Man bedenke doch nur, daß in der Vorkriegszeit das Volkseinkommen auf 850 Milliarden Mark eingeschätzt worden ist, und man wird einen Begriff bekommen von der ungeheuren schweren Lage, in welcher sich das Reich befindet.

Ueber die geradezu katastrophale Entwicklung der Betriebsverwaltungen habe ich mich schon des öfteren geäußert. In der Schätzung, die noch vor wenigen Wochen vorgenommen worden ist, rechnete man bei der Post mit einem Fehlbetrag von 870 Millionen Mark, bei der Eisenbahn aber mit 12 Milliarden Mark, so daß sich ein annähernder Fehlbetrag von 13 Milliarden ergeben hätte. Die neueren Berechnungen aber kommen für die Eisenbahnen zu noch ungeheuerlicheren Ziffern. Die Eisenbahnverwaltung rechnet mit 14—15 Milliarden Fehlbeträgen. Das ist ein Posten, der allein fast so groß ist wie unsere Ausgaben aus der Reichsschuld und den Pensionen für die Kriegshinterbliebenen und Kriegsgeschädigten. Die Ursachen dieser Fehlbeträge sind bekannt. Sie liegen einmal darin, daß während des Krieges mit unserem Verkehrsnetze ein Ausbau getrieben worden ist. Der andere und Hauptgrund der außerordentlich schlechten Lage unserer Verkehrsverwaltungen liegt in der riesenhaft steigenden Personalaufwendungen. Beim Verkehrsnetze zeigt sich die verhängnisvolle Wirkung der noch vor wenigen Monaten so getriebenen Theorie von der Angleichung der Inlandpreise an den Weltmarktpreis.

Wenn die Fehlbeträge der Betriebsverwaltungen zusammen 15—16 Milliarden ausmachen werden, so ergibt sich ein Gesamtaufwand aus dem außerordentlichen Etat von 26,6—27,6 Milliarden Mark, so daß wiederum ein Etat von 54,5—55,5 Milliarden Mark vor uns steht.

Wo diese Entwicklung enden soll, das ist die furchtbare Frage, die wir uns

Seimatl!

Roman von A. Marx.

(Nachdruck verboten.)

Zum erstenmal seit dem Tode des alten Majoratzern spiegelte sich der Schein der Weihnachtskerzen in den unterfüllten hohen Spiegelsteinen des großen Festsaales wieder. Das Eindringen und Ordnen der Gäste für die geladenen Schloß- und Dorfbesucher hatten auf Wunsch des Barons Herr v. Gehren und Frau Müller, vertrauter mit den Wünschen der Einzelnen, übernommen, aber erst durch die gütigen Worte, womit der Schloßherr jegliche Gäste begleitete, erhielt sie in den Augen der Besonderen den rechten Wert.

Die beiden Baronessen von Gartsburg hatten des Vaters Einladung zur Teilnahme an der Weihnachtsfeier im Schloß abgelehnt, dagegen mit herzlicher Dringlichkeit um Ernst Georg, Herrn v. Gehren und Frau Müllers Erscheinen in der Meierei gebeten.

Der Baron, leicht über das erhaltene „Nein“ verstimmt, hatte erst nach wiederholter Bitte eine zustimmende Antwort erteilt, aber kaum hatte er am späten Abend das festlich geschmückte, vom Duft der Tanne und Wacholderzweigen durchdrückte Zimmer in der Meierei betreten, als voller Weihnachtszauber ihn umfing.

Strahlte hier die grüne Tanne, — die schönste, die der Förster auf v. Gehrens Gehöft geschnitten und gefunden — einen besonders warmen Glanz aus, vermischt mit dem warmen Waldesduft? Rags an den schönen Mädchenfiguren, die zwei Weihnachtsfiguren gleich, hockt lächelnd ihre entzückten Gäste begrüßend?

Ernst Georg war zumeist, als ob er ein süßes Märchen erlebte. Es war ihm neu, wie anregend, wie heiter und geistreich Marie Luise und Gerta zu plaudern wußten. Die imposante stolze Schönheit der Ergebenannten zeigte an diesem Abend keine Spur der ihr sonst eigenen abstoßenden Herrlichkeit; aus ihren großen blauen Augen schimmerte weiches Glanz und den vollen Mund umspielte ein sanftes Lächeln.

Den strengen Anforderungen vollkommener Schönheit, als welche Baroness Marie Luise ge-

ten durfte, entsprach die Erscheinung der jüngeren Schwester nicht, aber ihre Bewegungen war von quälender Anmut, über ihrem ganzen Wesen lag ein unbeschreiblicher Reiz, durch holden Frohsinn noch verstärkt; ihr Mund hatte einen Klang wie liebliche Musik, beim Singen schmeichelten sich die mühsam quellenden Töne der seelenvollen Mädchenstimme dem Hörer in die Seele.

Welche von den beiden Schwestern die von der Natur Bevorzugtere sei, wäre schwer zu bestimmen gewesen. Eine diene der anderen als Pol; was Marie Luise in ihrer vornehmen Weise an Gerechtigkeit der Erscheinung voraus hatte, ersetzte sie durch Herkes scharfer Jugendreiz.

In heiterer Unterhaltung schwanden die Stunden im Fluge. Auch mußte wieder viel Marie Luise war eine vorzügliche Pianistin. Herr von Gehren ein ihr ebenbürtiger Partner.

Gartsburg lauschte dem Strom der Melodien tiefbewegt. Wie lange, ewig lange hatte er einen ähnlichen Genuß empfunden! Als dann Gerta zu singen begann mit ihrer köstlich klaren Stimme, wie jauchzender Verdunstung, dachte er in größter Ergriffenheit seine Hand über die Augen, ihren leuchtenden Glanz zu verbergen.

Nach einer Weile trat er zu Marie Luise, und ihre Hand mit zartem Druck umfänglich, sagte er mit dem Ausdruck wahrer Empfindung:

„Ich danke dir!“

„Nimm vorlieb mit dem Gebotenen!“ versetzte sie, leicht ihr blondes Haupt neigend. „Herr von Gehren erzählt mir,“ fuhr sie lebhafter fort, „du bist ein Künstler auf der Geige! Möchtest du uns nicht gelegentlich eine Probe von deiner Meisterhaftigkeit hören lassen?“

„Sobald du willst! Nur erwarte nichts Außerordentliches. Ich bin keineswegs Meister auf diesem Instrumente, und gar von einer gottbegnadeten Künstlernatur bin ich weit entfernt.“

„Seit einiger Zeit trägt der Wind zuweilen in später Abendstunde abgeflachte, vereinzelte Geigenklänge bis in die Meierei,“ nahm Marie Luise wieder das Wort. „Entgegen Gerta's Meinung, die dich für den Spieler hielt, behauptete ich, es wäre Herr v. Gehren. Nun hat Klein-Schwesterlein doch recht gehabt. Und du liebst die Musik!“

„Zweifelst du daran? Ich glaube, nur der wohlste Mensch versteht sich gefühllos gegen das Reich der Töne; für mich sind sie ein Born voll ewiger Schönheit.“ Gartsburg klangvolles Organ vibrierte in hörbarer Bewegung, „die holde Musik und Poesie begleitete mich über Meere und durch ferne Länder, ich nahm sie mit mir in die Einsamkeit, sie gaben mir Trost in schweren Stunden — mehr, viel mehr, sie halfen mir das Böse davon abtragen. Gatte in mancher end- und schlaflosen Nacht meine treueste, einzige Freundin, meine Geige, nicht zu mir gesprochen, wer weiß, ob — Doch verzeih,“ unterbrach sich der Baron, mit der Hand flüchtig über seine Stirn und Augen streichend, „da unterhalte ich mich mit sentimentalen Erinnerungen, die dich gewiß nur langweilen werden.“

„Ein ganz furchtbares Verbrechen,“ versetzte Marie Luise lächelnd, „nur dadurch gutzumachen, daß mein Herr Vater mich einweilt in die wunderbare Sprache seiner einzigen Freundin.“

Ohne auf des Vaters Antwort zu warten, erhob sich die schöne Baroness und trat zu Gerta, die sich mit Herrn v. Gehren und Frau Müller, deren gutes Gesicht während des ganzen Abends einen glückseligen Ausdruck trug, in einem leichten Disput befand.

11.

Weihnachten war vorüber, der Alltag mit seinen Sorgen und Mühen trat wieder in seine Rechte, darunter schwand die weihnachtliche Märchenstimmung aus den Menschenherzen, kaum, daß die Erinnerung blieb, aus Wehmut und Sehnsucht gemischt, an etwas köstliches, Verlorenes!

Doch nein! Der wunderbare Zauber, der von der lichterflutenden Tanne in der Meierei ausstrahlte, hatte die letzten Gartsburger nicht vergeblich berührt. An Stelle der fast feindlichen Kälte, womit Marie Luise dem Baron bei seinen seltenen kurzen Besuchen begegnet war, trat nun ihrerseits ein warmer Ton, der Ernst Georg veranlaßte, aus der Meierei, in die seine schöne stolze Ausruhe ihn gebannt, heraus und ihr mit der gleichen Offenheit, wie sie zwischen Gerta und ihm herrschte, entgegenzutreten.

Fast allabendlich erschienen jetzt der Baron und Viktor v. Gehren bei den Baronessen in der Meierei. Ein Abend, an dem triftige Gründe den

Besuch verhinderten, dankte allen vier Beteiligten als ein Verlorener.

Baron v. Gartsburg hatte sich erst nach langem Zögern bereit gefunden, einige unumgänglich nötige scheinende Besuche bei ihm zunächst nachbarten Gartsburgsfamilien abzuhalten und dann deren Gegenbesuche zu empfangen. Damit war — nach seiner Meinung — den gesellschaftlichen Formalitäten Genüge geschehen, er ließ daher weder besondere Einladungen ergehen, noch nahm er solche an. Zur Pflege einer größeren Geselligkeit fehlte es dem Baron an Zeit und Neigung. In seiner weltabgeschiedenen Einsamkeit war ihm der Sinn für weltliche Verkehrungen abhanden gekommen, seiner ernstesten Geistesthätigkeit genügte es, eine müßige Stunde durch gute Lektüre oder durch sein Geigenspiel auszufüllen. Seit er durch verhängnisvolle Schicksale in den Besitz des alten Familienstaumgutes der Gartsburger gelangt war, galt all sein Denken und Tun der Verbesserung des in Grund und Boden herabgekommenen Majorats. Dies erforderte nicht allein seine volle Talfracht und stete Geldopfer, bei aller Mühe und Arbeit gab's tagtäglich noch eine Unsumme von Kummer und Verdrießlichkeiten verschiedenster Art, doch jede Mißere wurde vergessen, sobald er Abend für Abend die gastliche Schwelle der Meierei überschritten und seine jungen Verwandten ihm mit freudig aufleuchtenden Blicken willkommen hießen.

Gartsburg kam jetzt nie ohne seine geliebte Geige. Zuweilen begleitete er darauf Marie Luise's und Gehren's Klavierpiel, jedoch häufiger entzückte er die Anwesenden durch Solovorträge auf seinem edlen Amatiinstrument. Wer vermehrte wohl in dem unheimlichen, schwarzbraunen Holz solche Welt von Tönen, wie der Künstler sie ihm zu entlocken wußte, wenn seine Hand mit leichtem fächerförmigen Wogenstrich die Saiten berührte?

Kein Zweifel: Marie Luise unterlag der bewundernden Gewalt des wunderbaren Geigenspiels nicht minder als Gerta, aber, wenn in den sprechenden Gesichtszügen der jungen Mädchenmühen die ungetrübten und unnebbaren Empfindungen ihren wechselnden Ausdruck fanden, verriet Marie Luise's Antlitz keine Spur einer inneren Bewegung. Nur einem aufmerksamen Beobachter, wie Viktor v. Gehren es war, entging es nicht, daß sie unausföllig ihren Sessel aus dem Sichtkreis rückte, damit

stellen müssen. Gegenwärtig beträgt die Schuld des Reiches 209 Milliarden Mark. Das Bild der Reichsverschuldung ist damit aber noch nicht abgeschlossen. Das Reich hat ja auch aufzunehmen für Kriegszweckverwendungen der Länder und Gemeinden; deren Höhe steht noch nicht genau fest, wird sich aber auf 16-18 Milliarden Mark belaufen. Eine Summe von 800 Millionen Mark für Verzinsung und Tilgung dieser Summe ist beim Schuldendienst im neuen Haushalt eingestellt. Endlich darf man nicht vergessen, daß auch die Verbindungen für die Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich einen Betrag von 39 1/2 Milliarden Mark erfordern. Sobald diese Summen hinzugekommen sind, dürfte sich eine Reichsschuld von 264-285 Milliarden Mark ergeben.

Diese Zahlen sprechen Bände. Bei dem ungeheuerlichen Ernst unserer Finanzlage kann es nicht weiter gehen, daß die ganze Volkswirtschaft vom Reiche zehrt und daß umgekehrt bei der Erhebung von Steuern Schwierigkeiten gemacht werden. Die Folgen einer weiteren Verschlechterung unserer Finanzlage bei den Versuchen etwaiger Steuererhöhungen sind unvorstellbar. Sie müssen sich unbedingt äußern in einer neuen Entwertung unseres Geldes und würde so in allererster Linie den Arbeiter und die sonstigen geringverdienenden Klassen des Volkes treffen.

Dann ist die Erhebung der neuen Steuern eine der vordringlichsten Fragen unserer Finanzpolitik. Welche Schwierigkeiten sie bereitet, davon kann sich der Laie schon eine Vorstellung machen. Nichtsdestoweniger geht kein Streben seit der kurzen Zeit, seit ich im Amt bin, stets dahin, die Veranlagungen der neuen Steuern soweit als möglich zu beschleunigen. Was nur irgendwie geschehen kann, um den Finanzapparat zu möglichst raschem Arbeiten zu bringen, soll dabei geschehen. Aber auch vom Volke muß man angesichts der Bedeutung, welche die Steuererhebung für unser ganzes Wirtschaftsleben hat, erwarten, daß es zu einer möglichst reibungslosen und raschen Erhebung der Steuern beiträgt. Das gilt auch von den Banken. Auf alle Fälle wird mit Nachdruck gegen Steuervermeidung und Steuerhinterziehung angekämpft.

Als steuerliche Maßnahme, um deren unbedingte Erhebung noch in dieser Tagung ich den Reichstag bitten muß, kommt die Verlängerung des Kohlensteuergesetzes in Betracht. Neben der Verlängerung der Geltungsdauer des Kohlensteuergesetzes soll auch noch in weitgehendem Umfange die Möglichkeit geschaffen werden, die Gewinnung gewisser wichtiger Nebenerzeugnisse aus der Kohle steuerlich zu begünstigen.

Wir stehen vor Spal und damit stehen wir vor unserem Schicksal, ja vor dem Schicksal Europas. Von den Verhandlungen in Spa hängt nicht nur unsere Zukunft wesentlich ab, sondern auch die Frage des gesamten europäischen Wiederaufbaues. Wenn Vernunft und Verständigungswille die Verhandlungen beherrschen, kann man wohl auf einen Erfolg hoffen, der zu einer rascheren Behebung der Kriegsschäden zu führen vermag, und uns auch wirtschaftlich zu Atem kommen läßt.

Die Frage der deutschen Zahlungsfähigkeit ist primär eine wirtschaftliche und erst sekundär eine geldliche Frage. Die Volkswirtschaften in den fremden Ländern denken immer an Goldmarken. Dabei haben sie überhaupt keine Vorstellung, welche ungeheure Zahlenmengen hinter dem lakonischen Milliardenbegriff liegen, haben kaum eine Ahnung von der Größe der Maßstäbe, um die es sich dabei handelt.

Die ganze Welt muß überhaupt vom Geldwahn loskommen. Man muß wirtschaftlich denken lernen, muß die Zusammenhänge zwischen Finanz- und Volkswirtschaft, die gerade in dem geldlichen Problem die ausschlaggebende Rolle spielen, erkennen und sich danach einstellen. Sonst kommt man immer wieder auf einen toten Punkt. Das ganze Wiedergutmachungsproblem wächst sich von selbst aus zu einem Problem der Produktion.

Welche Finanzaktion man auch erdenken mag, alle gehen sie schließlich immer wieder zurück auf die einfache Formel der Ueberbuchsleistung der heimischen Wirtschaft an Waren oder Dienstleistungen der Fremde. Unter diesen wirtschaftlichen Gesichtswinkel ist die ganze Wiedergutmachungsfrage zu behandeln. Der Geldwahn, welcher die einfachen Gemüter so verwirrt, muß zerfallen, die Milliardenpsychologie überwunden werden. Das Problem ist nicht nur ein deutsches, sondern ein europäisches, ja es ist ein Weltproblem. Würde man Deutschland eine Last auferlegen, unter der es zusammenbrechen und zum Bankrott kommen müßte, dann würden die Folgen mit unerwarteter Konsequenz zurückfallen auf die gesamte Wirtschaft Europas und der Welt. Man sollte bedenken, daß nicht selten der Bankrott des Schuldners auch den Bankrott des Gläubigers am nächsten Tage zur Folge hat.

An unserem guten Willen bei den Verhandlungen wird es nicht fehlen. Die deutsche Regierung und das deutsche Volk haben erklärt, daß sie bereit sind, ihren Verpflichtungen im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen und damit auch im Rahmen der im Friedensvertrag gesteckten Grenzen nachzukommen. Wir würden in viel größerem Maße heute leistungsfähig sein, wenn nicht unser Verleumdungen und die organischen Mittel unserer volkswirtschaftlichen Betätigung durch ihr Antlitz im Schatten blieb, so oft und so lange Ehrsüchzigkeit spielte. Oft hätte sie dann noch ihre Stirn in die Hand, sodaß erst recht niemand sehen konnte, wie bei den ersten Tönen, die den Raum durchdrangen — jubelnd, klagend, immer erregt, von allem singend und jagend, was Menschenbrust durchdringt und Menschenherz erhebt — wie dabei die rosige Farbe auf Marie Ruifens Wangen einer geistlichen Blässe wich und das Blau ihrer Augen sich selbstam verdunkelte.

Die Baroness hatte in den beiden Wintern, die sie mit ihrem Vater in der Residenz verlebte, berühmte Geisteswissenschaften angehört, doch nie, so schien es ihr, in Ton und Auffassung ein vollendetes Spiel, als das ihres Vaters. Sie verlor darüber nicht viele Worte, ein kurzer Dank war alles, wenn Georg das Instrument aus der Hand legte.

(Fortsetzung in der Mittwoch-Nummer.)

Waffenstillstand und Friedensvertrag so hart getroffen waren.

Das deutsche Volk muß sich jetzt des ganzen Ernstes der gegenwärtigen Lage bewusst sein. Es steht sich um unser aller Wohl. Hier müssen innere Kämpfe und Gegenstände zur Geltung kommen, die hinter der großen nationalen Aufgabe, aus der Not der Zeit wieder einen Weg zu langamer Besserung zu finden. In diesen Stunden entscheidet sich nicht nur unser nationales Schicksal, sondern auch die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder. Einmal und geschlossen müssen wir stehen, müssen wir die Last auf uns nehmen, die aus dem Frieden und dem Friedensvertrag erwachsen. Alle unsere Hoffnungen, daß doch noch eine bessere Zeit kommen würde, beruht auf der Arbeit, auf unserem Willen und dem Fleiß unserer Hände. Nur ein entschlossener eiserner Wille zum Wiederaufbau kann uns vor dem drohenden Verderben retten. Wir müssen uns Tag für Tag, Stunde für Stunde vor Augen halten, daß wir arm, bettelarm geworden sind, daß jeder von uns opfern und seine letzte und beste Kraft anstrengen muß, damit wir im Kampfe mit der Not überleben. Der große Not, die sich nicht länger durch das Fiktionieren von Papiermarken verdecken läßt, die Not der Zeit muß begangen werden. (Beifälliger Beifall.)

Aus dem Reich.

Von der Sozialisierungskommission.

* Berlin, 1. Juli. Die Sozialisierungskommission hat sich infolge ihrer Vergrößerung zu einer Veränderung der Organisation genötigt gesehen. Sie hat vier Unterabteilungen eingeteilt, in denen die Fragen der Kommunalisierung der Kohlen-, Kalk- und Eisenwirtschaft und der Allgemeinen Wirtschaft, des Außenhandels und der Energiewirtschaft beraten werden. Im Ausschuss für Kohlen-, Kalk- und Eisenwirtschaft werden die Vorschläge für die Umwandlung einer Organisation der Kohlenwirtschaft geprüft. Eine solche Veränderung ist infolge der Wandlung der wirtschaftlichen Verhältnisse und des Zustandes der Verhältnisse der Kohlenwirtschaft notwendig geworden. Zu diesem Zweck wird eine Enquete veranstaltet, in der die maßgebenden Sachverständigen der Kohlenwirtschaft gehört werden. Auf Grund ausführlicher faktenreicher Verhandlungen liegen eingehende Berichte vor, mit denen die Grundlagen für eine spätere gesetzgeberische Regelung aufgestellt werden.

Preussische Verfassungsfragen.

* Berlin, 1. Juli. Der Verfassungsausschuss der Preussischen Landesversammlung setzte die Beratung der Verfassung bei Abschnitt „Staatsministerium“ fort. Zu einer lebhaften Debatte kam es bei § 26, der die Beratung der Regierung behandelt. Nach dem Entwurf beruft der Präsident des Landtages den Ministerpräsidenten und auf dessen Vorschlag die obersten Staatsminister. Der Ministerpräsident will mit dieser Aufgabe bei ihm im Ausschuss genommenen Staatsratspräsidenten betrauen. Nach längerer Debatte lehnte der Ausschuss den Antrag des Ministerpräsidenten ab und stimmte dem § 26 in der Fassung der Regierungsvorlage zu. Gleichzeitig einigte man sich auf einen Zusatz zu § 13, daß der Präsident des Landtages sich keiner Funktion anschließen und an den Bestimmungen des Hauses nicht teilnehmen darf. Zu § 27 wurde folgender Zusatz angenommen: „Der Ministerpräsident führt den Vorsitz im Staatsministerium und leitet dessen Geschäfte. Die Mitglieder des Staatsministeriums sind unversitzbar dem Landtag vorzuliegen und auf sein Verlangen abzutreten oder außer Kraft zu setzen. Das Staatsministerium führt seine Geschäfte mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.“ Die Weiterberatung wurde auf Montag vertagt.

Die Akten und die Reise ins Abstimmungsgebiet. * Berlin, 1. Juli. Die Vorkonferenz der deutschen Friedensabordnung in Paris folgende Note überlief: Sie haben durch eine Note vom 7. Juni die Aufmerksamkeit der Konferenz auf die Notwendigkeit hingelenkt, denjenigen Wählern, die gegenwärtig außerhalb der Gebiete von Allenstein und Marienwerder wohnen und sich zur Volksabstimmung dorthin zu begeben wünschen, die freie Ausübung ihrer Rechte zu verbürgen. Indem die verbündeten Mächte den von Ihnen vorgebrachten Bemerkungen Rechnung trugen, haben sie folgende Beschlüsse gefasst, welche ich mich beehren, Ihnen in Ihrem Namen mitzuteilen: Die deutschen Vertreter in jeder Abstimmungsszone werden ermächtigt, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, damit eine passende Anzahl von Sonderzügen diese Zahl wird in jedem einzelnen Falle von der internationalen Kommission festgelegt von Deutschland die Wähler herbeiführen, die das Recht haben, an der Abstimmung teilzunehmen. Bei Züge werden von Offizieren der Verbündeten begleitet, die den Auftrag haben, sich durch Prüfung geeigneter Ausweispapiere die Sicherheit zu verschaffen, daß nur Personen, die zur Abstimmung zugelassen werden, diese Züge bestiegen. Unter diesen Bedingungen werden keine Pässe für die Durchfahrt durch den polnischen Korridor gefordert werden. Die internationalen Kommissionen für Marienwerder und Allenstein werden die nötigen Maßnahmen ergreifen, um die Durchführung vorsehender Beschlüsse zu sichern.

Vom Rheinisch-Westfälischen.

* Bern, 2. Juli. Die durch den Friedensvertrag von Versailles erweiterte Rhein-Zentralkommission trat am 21. Juni abends in Straßburg zusammen, um insbesondere zu dem zwischen Deutschland und Frankreich vereinbarten Abkommen zur Regelung der Rheingrenzen Stellung zu nehmen. Da die Schweiz einige Rechtsvorbehalte geltend machte und diese noch der Klärung bedürften, nahmen die schweizerischen Vertreter vorläufig nur während an den Verhandlungen teil. Ein von der schweizerischen Delegation überreichtes Memorandum über den heutigen Stand der Baggerungsarbeiten im Rhein wurde vom Präsidenten der Zentralkommission entgegengenommen und der Kommission zur Kenntnis gebracht. Je ein Vertreter Frankreichs und Badens werden in nächster Zeit mit einem schweizerischen Delegierten in Basel zusammenkommen, um den Zustand des Rheines an Ort und Stelle zu prüfen.

Rheinischer Genossenschaftstag.

Im großen Saale des Rathhauses in Köln fanden Mittwoch die Generalversammlungen der Rheinischen Bauerngenossenschaft, des Verbandes rheinischer Genossenschaften und der Hauptbezugs- und Abnahmegenossenschaft unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung statt.

Vormittags 10 Uhr begann die Generalversammlung der Rheinischen Bauerngenossenschaft. Der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Clemens von Roe, eröffnete dieselbe und begrüßte herzlich die aus allen Teilen der Provinz zahlreich erschienenen Genossenschaften. Darauf erstattete Bankdirektor Schnöcker einen eingehenden Geschäftsbericht, dem wir folgendes entnehmen: Der Gesamtumsatz der Rheinischen Bauerngenossenschaft betrug sich auf 3,8 Milliarden und hat gegenüber dem Vorjahre eine Steigerung von 1,7 Milliarden erfahren. Die Bilanz schließt in Aktiva und Passiva ab mit 198 716 960. Die Zahl der Genossenschaften hat sich um 5 vermehrt und beträgt am Schluß des Geschäftsjahres 731, mit 1 800 000. Geschäftsgegenstand und rund 15 Millionen Kassumme. Die Umsätze mußten im Laufe des Jahres heruntergefahren werden. Ein Reingewinn bleibt nach größeren Abschreibungen auf Kriegsanleihebeständen von 77 000.— übrig, der entsprechend dem Auftrag des Vorstandes zur Verzinsung der Geschäftsgegenstände und zur Verweisung auf den Reservefonds verwandt wird. Im übrigen schildert der Bericht, wie die allgemeine Geschäftslage auch auf die Geschäftsverhältnisse der landlichen Genossenschaften eingewirkt hat.

Am Anschluß an diesen Bericht erstattete Herr Clemens von Roe einen kurzen Überblick über die Tätigkeit des Ausschusses und warf einen Blick auf die Entwicklung der Klasse, die nun mit der Bauernschaft über ein modernes Geschäftstotal (Allerhandgeschäft) verfügt. Das angebotene Ausschreiben auf die Preussentafel wurde aufgegeben und mit der Landesbank der Rheinprovinz, wie in den letzten Jahren des Bestehens, Verbindungen angeknüpft. Die größeren Reingewinne beruhen auf der größeren Beweglichkeit in der Art der betriebenen Geschäfte und dienen zur Abschreibung auf Kriegsanleihe (1 Million). Daraufhin wurde die Bilanz in der vorgetragenen Form genehmigt. Die Entlastung des Vorstandes sowie die Verwendung des Reingewinns wurde antragsmäßig beschlossen. Dem Turnus nach ausstehenden Mitglieder des Ausschusses wurden einstimmig wiedergewählt.

An die Generalversammlung der Rheinischen Bauerngenossenschaft schloß sich sofort der 29. Verbandstag des Verbandes rheinischer Genossenschaften an, dem Baron v. Roe beherzigenswerte Worte über den Geist der wirtschaftlichen Demokratie der Genossenschaften vorausschickte. Am 30. Juli erstattete Generalsekretär Kerp eingehenden Bericht über die Entwicklung, Stand und Tätigkeit am Schluß des Jahres 1919, sowie Generalbericht über die vorgenommenen Revisionen. Es gehörten dem Verbande an am Schluß des Jahres 789 Genossenschaften und zwar 560 Spar- und Darlehnskassen, 62 Muttergenossenschaften, 84 Bezugs- und Abnahmegenossenschaften, 12 Wohnvereine, 26 Wohnvereine, 42 sonstige und 3 Zentralgenossenschaften. Im laufenden Jahre haben sich bisher 26 Genossenschaften neu gegründet. Die Mitgliederzahl aller Genossenschaften darf vorläufig auf mindestens 95 000 geschätzt werden. Die Tätigkeit des Verbandes im abgelaufenen Jahre auf dem Revisionsebene war umfangreich. Auch in der Ausbreitung des genossenschaftlichen Gedankens war der Verband sehr tätig. Er hat im Frühjahr an 19 Orten der Provinz eintägige Bezirksgenossenschaftstage veranstaltet, in der die Genossenschaften über ihren Arbeitsplan für die Zukunft eingehend unterrichtet wurden. Das Rheinische Genossenschaftsblatt, welches der Ausbreitung und der Vertiefung der Genossenschaftsidee dient, hatte im abgelaufenen Jahr einen Abonnentenzuwachs von 2000. Nach einer ausführlichen Darlegung der sonstigen geschäftlichen Aufgaben des Verbandes ging der Referent zu einer Schilderung der Geschäftsgegenstände und neuen Aufgaben der einzelnen Genossenschaften über. Er warnte dabei vor agrarischen Deutungsarten und der Verfolgung von Zielen, die außerhalb der Aufgaben der Genossenschaften liegen. Er schalt die Bedeutung der Spar- und Darlehnskassen als Faktor zur Sanierung unseres Geldwesens beifolgend hervor, wies darauf hin, daß unserer Bezugs- und Abnahmegenossenschaften die große Zukunftsaufgabe gestellt sei, direkte Geschäftsverbindungen zwischen Produzent und Konsument anzuknüpfen. Schon auf dem Gebiete der Wohnvereine wurde diese Idee, im Interesse von Stadt- und Landbewohnern, schon praktisch ausgeführt. Die Muttergenossenschaften hätten unter den Mitteilungen der Zwangs- und Abnahmegenossenschaften sehr gelitten. Ihnen könne nur geholfen werden durch völlige restlose Aufhebung der Zwangswirtschaft.

Referent ging dann auf die sozial-ethische Stellung des genossenschaftlichen Gedankens innerhalb der Volkswirtschaft ein und betonte, daß die erste Pflicht der praktischen Genossenschaftler die wäre, mitzuarbeiten am Aufbau der deutschen Volkswirtschaft. Wenn dieser Wiederaufbau gelingen sollte, dann müßte der genossenschaftliche Gedanke in immer weitere Kreise getragen werden. Es ist in unserem Zeitalter erforderlich, daß eine systematische Pflege des genossenschaftlichen Gedankens eintrete. Weiter betonte der Referent als Leitgedanken für die Zukunftsaufgaben der genossenschaftlichen Zentralstellen, perfekte die Fühlungnahme mit den angeschlossenen Genossenschaften in weicherndem Maße aufzunehmen. Wenn dann Zentral- und Einzelgenossenschaft in praktischer Zusammenarbeit vereint bestanden, dann sei das Genossenschaftswesen eine Macht, die in der rauhen Welt der Tatsachen sich unbedingt durchsetzen würde.

Es gelte im Zeitalter des Materialismus sich zurückzufinden auf die sittlichen Ideale, die im Genossenschaftsgedanken verkörpert seien. Referent schloß seine Ausführungen, indem er das genossenschaftliche Ideal als Kampfpforte dahinstellte und den treibenden Kräfte des heutigen Wirtschaftslebens, Kampf gegen alle, gegenüberstellte den Kerngedanken des Genossenschaftswesens einer für alle und alle für einen. (Bravo.) Die Jahresrechnung, abschließend mit einer Mindereinnahme von 19 000.—, für die durch

freiwillige Zuschüsse Deckung vorhanden ist, fand die Genehmigung der Versammlung; ebenso wurden die Beiträge, die von den einzelnen Genossenschaften im Jahre 1920 zu leisten sind, entsprechend dem Antrage (Zuweisungsbetrag von 25 Proz.) erhöht.

Mittags 3 Uhr fand dann die Generalversammlung der Hauptbezugs- und Abnahmegenossenschaft der Rheinischen Bauernvereine im gleichen Saale statt. Direktor Hülsmann erstattete dem Geschäftsbericht, dem wir insbesondere entnehmen, daß der Gesamtumsatz im abgelaufenen Jahre 1 600 000 Zentner im Werte von 14 Millionen Mark betrug. Die Mitgliederzahl belief sich am Schluß des Geschäftsjahres auf 622 Mitglieder mit 1 018 Geschäftsanteilen und einer Kassumme von 2 Millionen. Der Reingewinn beträgt 21 625,69, der entsprechend dem Auftrag des Vorstandes zur Verzinsung des Geschäftsgegenstandes und zur Verweisung zum Reservefonds verwandt wird.

Kirchliches.

18. Gladbach, 2. Juli. Für den katholischen Tag ist nunmehr definitiv folgendes Programm festgesetzt: Samstag, den 10. Juli, abends 7 Uhr: Begrüßungsfeier in der Kaiser-Friedrich-Halle. Sonntag, 11. Juli: Kirchliches Gottesamt in allen Kirchen. In der Münsterkirche 10 Uhr Pontifikat. a) Morgens 11 Uhr: Erste geschlossene Versammlung der Frauen für die Vorstände und Vertrauensleute aller kath. Vereine (der männlichen und weiblichen) in der Kaiser-Friedrich-Halle. Vortrag über das Grundthema: „Was ist die Zeit an die Katholiken.“ b) Nachmittags: Festzug der Männervereine. Aufstellung 2 1/2 Uhr. Beginn 3 Uhr. Daran anschließend: c) 4 1/2 Uhr große Männer-Versammlung in der Kaiser-Friedrich-Halle, in der Münsterkirche und Eidenkirche. Thema: „Katholik und Volk.“ d) 6 1/2 Uhr Frauen-Versammlung in der Kaiser-Friedrich-Halle. Thema: „Christentum und Sport.“ e) 7 1/2 Uhr Männer-Versammlung in der Kaiser-Friedrich-Halle. Thema: „Morgen: Geschlossene Versammlungen.“ f) 8 1/2 Uhr: 10 Uhr im Balkonsaal der Kaiser-Friedrich-Halle, h) für Schulkinder 11 Uhr im großen Saal der Kaiser-Friedrich-Halle. Nachmittags: Große Frauenversammlung im großen Saal der Kaiser-Friedrich-Halle mit folgenden Themen: 1. Was schenken wir unsern Kindern? 2. Was fordert die Zukunft vom jungen Mädchen? 3. Ehe und Familie. c) Nachm. 6 1/2 Uhr: Veranlassung der Verein Kath. Akademiker zur Pflege kath. Weltanschauung in Gladbach im Balkonsaal der Kaiser-Friedrich-Halle eine Versammlung, in welcher Herr Universitätsprofessor Dr. Rodemacher-Dorn über das Thema sprechen wird: „Die Stellung des kath. Akademikers zu Religion und Kirche.“

epc. Der Rathhausberein.

zum Schutze deutscher katholischer Auswanderer bietet uns ein Verzeichnis der nachstehenden dringenden Maßnahme bezgl. von G e i r a s a n g e b o t e n nach dem in 1. und 2. und bezgl. des M a d e n h a n d e s. Die Deutsche Zeitung „San Paulo“, Brasilien, schreibt in ihrer Nummer vom 20. Mai d. J.: Die Geschäftstätigkeit im „republikanischen Deutschland“ hat einen „ungeahnten“ Aufschwung genommen. Einen geradezu schlagenden Beweis dafür liefert die nachstehende an uns gerichtete Zuschrift: An die Redaktion der Deutschen Zeitung: Hierdurch erlaube ich mir, mich in folgender Angelegenheit an Sie zu wenden: Wegen des unglücklichen Krieges, in dem über 1 800 000 junge deutsche Männer gefallen sind, ist einer noch größeren Anzahl junger deutscher Mädchen die Möglichkeit genommen, sich zu verheiraten. Dieser unglückliche Zustand wird noch durch die katastrophale Zerstörung der Möbel und der großen Wohnungsnot der Ehepaare in Deutschland fast ein Durcheinander sein. Vorrecht der besser gestellten Kreise geworden ist. In ihrer Not blicken unsere jungen Damen hinüber nach Amerika, in der Hoffnung, dort das erlöste Glück zu finden, weshalb sie sich an alle Jungfrauen deutscher Abstammung wenden, die drüben keine passende Partie finden können und die sich mit einem wohlhabenden, jungen deutschen Mädchen verheiraten möchten, ihr mit dieser Absicht näherzutreten. Die deutschen Damen haben mich gebeten, ihr Fürsprecher zu sein und ihnen zu helfen, einen Gatten in Amerika zu finden, aus welchem Grunde Bewerber zu werden. Ich bitte Sie daher, meine obigen Ausführungen durch Veröffentlichung in Ihrer Zeitung zur Kenntnis Ihrer Leser zu bringen und danke Ihnen im Voraus bestens. Hochachtungsvoll J. Stahl. Die warnten einmündig vor derartigen Heiratsvermittlungen. Es scheint, als ob der Mädchenhandel nun auch im großen organisierten werden sollte. Unglaublich aber erscheint es uns, daß es wirklich Leute gibt, die vernehmen, sich für derartige Unternehmungen, die Hilfe der deutschen Zeitungen im Ausland sichern zu können. Selbst, wenn der Herr J. Stahl in „reinsten“ Absicht das Glück dieser wohlhabenderen deutschen Damen vermitteln, so ist es mir sehr wahrscheinlich, daß die Gultglaubigkeit sowohl des Herrn Stahl wie der jungen Mädchen von raffinierten Gaunern und Mädchenhändlern im Ausland ausgebeutet wird. Es kann also nicht einmündig genug davor gewarnt werden, sich durch derartige Vermittlungen nach dem Ausland zu verheiraten. Für viele, wenn nicht die meisten wohlhabenden jungen Damen dürfte es alles andere als das erlöste Glück sein, was in Amerika ihrer wartet. Vielleicht berichten die hiesigen einschlägigen Stellen der deutschen Kolonie über die an uns gerichtete Bitte nach drüben. Auch wären Maßnahmen der Auswandererbehörden zur Verhinderung dieser unangehörigen Verschleppung deutscher Mädchen ins Ausland sehr zu wünschen. Für die katholischen Auswandererorganisation, die mit dem Reichsausschuss zusammenarbeitet, die Zentralstelle befindet sich in Freiburg i. Br., Postfach 18. Wer sich Entlastungen ersparen will, wende sich an diesen Verein. Die Auskunft ist kostenlos. Der Auswandererfrage wendet der Verein seit einiger Zeit besondere Aufmerksamkeit zu. Zu diesem Zwecke hat er eine besondere Abteilung für Auswandererfürsorge errichtet.

Über die neue Apostolische Kurie in Bern schreibt der Observator Romano: Von Bern trifft die Nachricht ein, daß der Bundesrat erklärt habe, mit der Errichtung einer Apostolischen Kurie in der Schweiz einverstanden zu sein, und infolgedessen auch mit der Ernennung eines Kurials, der

in Wer
lebens
sche de
worden
angele
schen d
Heilige
ner die
ternie
der sch
auch a
tung u
tomm
unter d
tätigke
lung d
nein au
Die
Schwei
anerkan
Stuhl
werden
bindun
folge d
gebroch

eine Be
und Ru
stellung
Sitzbau
stärker
von sel
Gendall
Wieder
Wieder
Wieder

4. Juli
mein
findet
über d
flug. A
staltung
„Die
sondere
mehr de
gegründ
derfeste
bleibt.
und Gef
Berlehu
des pers
Belles
lichen M
bezeichn
ordnung
urkunden
bezeichn
ausgesell
der Beso
gen vorg
männlich

Die Al
der Zeit
Auswahl
Vorlage
Anmelde
Quartier
Juli de
mittags
Friedhof
sollen un
Straßen
W. 6
J. 2
Am 10
Anmelde
Straßen
Südliche
(Schwiege
lichtig
N e u h

Monta
läßt Herr
von Bern
ca. 17
öffentlic
Herr M
Frei auf
Neu

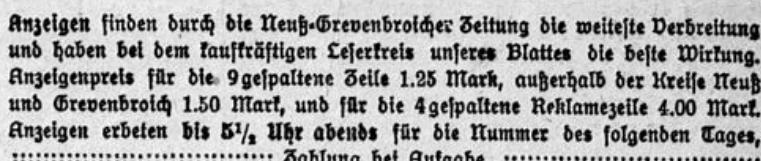
Früh
Am Dien
lassen Ge
schaft Qua
verfügen
6 März
8 März
7 März
vordien fol
1. 68 M
2. 28 M
3. 1. 68 M
4. 60 M
5. 77 M
6. 1. 68 M
7. 1. 68 M
8. 88 M
9. 63 M
Reberling

Am 10
1. 8 März
2. 6 März
3. 10 März
4. 45 März
5. 8 März
Reberling

Am 10
1. 8 März
2. 6 März
3. 10 März
4. 45 März
5. 8 März
Reberling

Gernsprecher Nr. 53

Postcheckkonto N:o 41800.



Rotationsdruck und Verlag der
Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuch. 47. Jahrgang.

Friedensvertrag vom 7. Mai 1919 in seinen Delegationen überreicht wurde. Kaiser fährt dann fort:

Ein dokumentarischer Beweis dafür ist die Schilderung Tardieu's über den Kampf Clemenceau um die Befreiung der Rheinlande. Da wird von Tag zu Tag, ja manchmal von Stunde zu Stunde geschildert, wie zuerst bei Amerika und England eine heftige Abneigung gegen diese Befreiung bestanden habe, wie sie als den Grundrissen der Selbstbestimmung der Völker zuwiderlaufend empfunden worden sei, wie man in ihr eine Verletzung der internationalen Beziehungen erkannt, wie aber Clemenceau auf der Behauptung bestanden blieb, Frankreich müsse den physischen Schutz gegenüber Deutschland haben, das vom Kriege her auf Jahre hinaus über Millionen ausgebildeter Soldaten verfüge. Am 20. April abends 6 Uhr, so erzählt Tardieu, erreichte Clemenceau die Zustimmung des Präsidenten Wilson zu den Bestimmungen des Kapitels 14, am 22. April gibt Lloyd George die seine. Damit war die Tragödie der Rheinlande beschossen, lange ehe der Vertrag zu den sogenannten Friedensverhandlungen in Versailles führte.

Berlin, 2. Juli. Die Reichstagsabgeordneten aus dem besetzten rheinischen Gebiet vereinigen sich gestern zu einer Besprechung der verschiedenen Missstände. Alle Fraktionen mit Ausnahme der Unabhängigen (I) waren vertreten. Mit großer Entscheidung wurde verlangt, daß die Reichsregierung auf eine Verklärung der Befreiung hinwirke.

Ausland.

Die Deutschen in Belgien.

Brüssel, 1. Juli. Wie das XX. Siecle mitteilt, haben einige Abgeordnete einen Gesandtschaftsbericht, um die Fremden, die in Belgien Aufenthalt nehmen, mit einer Sondersteuer zu belegen. Der Gesandtschaftsbericht soll 500 Franken im Jahre betragen, jedes weitere Familienmitglied 100 Franken. Das Blatt meint, man solle diese Steuer nur auf die Deutschen anwenden; das würde eine gute Wirkung ausüben, denn für sie sei ja das Geld die Hauptsache. Ein Leser des Blattes spricht sogar von doppelten Steuern davon will aber das Blatt nichts wissen, obwohl, wie es sagt, der Friedensvertrag von Versailles das nicht verbiete.

Die Konferenz von Brüssel.

London, 2. Juli. Die Daily News schreibt über die Konferenz in Brüssel: Hauptaufgabe dieser Verammlung wird sein, die Tagesordnung für Spa festzustellen. Drei Hauptpunkte ergeben sich als wichtigste, nämlich die Schadenersatzfrage, die Abrechnung und die Schiffahrt. In der Frage der Schadenersatzfrage ist Deutschland eingeladen worden, selbst Vorschläge zu machen. Alles wird davon abhängen, ob diese Einladung von Deutschland ernst genommen worden ist. Wenn Deutschland sich entschließt, seine finanzielle Lage vollständig und klar darzulegen, so besteht Grund zu der Annahme, daß Deutschland in Spa drei Männer finden wird, die bereit sind, im gleichen Geiste des Zusammenwirkens mit Deutschland dafür zu arbeiten, daß das wirtschaftliche Chaos in Europa in Ordnung kommt. Deutschland wird gewisse Minderungen des Abkommens verlangen, da es ihm sonst unmöglich ist, das Wirtschaftswesen wiederherzustellen. Außerdem scheint man in Deutschland noch immer der Ansicht zu sein, die Ordnung sei mit einem Heer von höchstens 100 000 Mann nicht aufrechtzuerhalten. Es werden nach Spa Sachverständige geschickt werden, die diese beiden Fragen behandeln können, und Deutschland wird das gleiche tun können. Alles weist darauf hin, daß die Konferenz von Spa die wichtigste sein wird, die seit Abschluß des Waffenstillstandes stattgefunden hat. Eine sofortige Übereinstimmung in allen Einzelheiten ist kaum zu erwarten, aber was man hoffen darf, ist, daß eine Übereinstimmung erzielt werden wird, und daß diese vorläufige Regelung später in einer Konferenz von Sachverständigen ausgearbeitet werden kann.

Englische Donaupläne.

Paris, 1. Juli. In London wurde eine große Kommission aus Vertretern sämtlicher Schiffsahrtsgesellschaften gebildet, welche die Aufgabe hat, die Donauschiffahrt von England aus ausbauen zu lassen. Zum Präsidenten dieser Kommission wurde Frederick Cecil gewählt. Die geplante Ausbesserung der Donauschiffahrt durch die Engländer bestätigt die Annahme, daß die Donau das Bindeglied zwischen dem englischen Handel in Asien und dem Mutterlande werden soll.

Stadt-Nachrichten.

Neuß, 3. Juli 1920.

Geld und Garten dürfen nach Neuß, der aber nur schauerweise in den letzten Wochen niedergegangen ist. Bei dräuender Hitze entlud sich gestern nachmittags ein kurzes Gewitter. Der gestrige Tag ist bekanntlich ein Festtag, der die Witterung für die nächste Zeit bestimmen soll. Regens am Maria Heimsuchungstag, so regnet nach 40 Tage darnach, heißt es im Volksmunde. Wenn nun ein Teil dieser alten Bauernregel in Erfüllung geht, so werden wir schon zufrieden sein.

Die im Kriege außer Kraft gesetzten Fahrpreiseremäßigungen a) für Fahrten zu wissenschaftlichen und belehrenden Zwecken, und b) zugunsten der Jugendpflege werden für den Bereich der Reichsreisebahnen von jetzt ab wieder gewährt.

Warum alle Nachregeln der linksrheinischen Städte gegen die hohen Preise vergeblich sind, wird einem bald klar, wenn man in den Düsseldorf'schen Zeitungen die Berichte über die dortigen Märkte liest. Dort herrscht, wie es heißt: Großes Angebot. Kein Wunder, wenn man die Preise liest, die dort anscheinend beherrschend geherrscht, gefordert werden dürfen.

Erfüllung von Lieferungsverträgen. Seitens der Geschäftsstelle der Handelskammer wird uns geschrieben: Nachdem beim Fall des Wertes des deutschen Geldes ausländische Käufer sich darüber beklagt haben, daß deutsche Verkäufer sich ihren Verpflichtungen zu entziehen suchten, wird beim Städtischen Amt für den Handel die gleiche Klage von deutschen Verkäufern gegen ausländische Käufer erhoben. Die Handelskammer legt Wert darauf, daß in ihrem Bezirk vorgelagerte Fälle der letzteren Art und deren Zusammenhänge zu erkennen damit die Käufer für das Gebiet des ganzen Reiches gesammelt und dem Ausland gegenüber verfolgt und verteidigt werden können.

Geschäftsverbindungen mit Norwegen. In der Geschäftsstelle der Handelskammer ist auf Wunsch der norwegischen Handelsvertretung eine Liste ausgestellt, in welche sich Firmen, welche aus Norwegen einzuführende Waren zu beziehen und zu vertreiben wünschen, einschreiben können.

Eine Schmelzmaschine mit der Bezeichnung Javet Nr. 20882 ist in Düsseldorf beschlagnahmt worden, da sie anscheinend aus einem Diebstahl herrührt. Der Eigentümer kann sich bei der Kriminalpolizei in Neuß melden.

Wegen Geldbetrugs wurden zwei Männer diese Nacht verhaftet.

Sport.

Deutsche Jugendkraft. An alle Vereine der Deutschen Jugendkraft, Kreis Niederrhein, Bezirk Neuß. Die hochw. Herren Reichs- und Kreispräsidenten werden hiermit gebeten, möglichst umgehend, bzw. bei Kenntnis dieses in ihrem Interesse spätestens bis zum 10. Juli über nachfolgende Punkte briefliche Angaben zu machen, an Herrn Reichsleiter Georg Preissner, Neuß, Fürstengasse 88, oder an den Bezirksführer Josef Schmalbach, Neuß, Gießerweg 2. a) Name des Vereins, b) Adresse der Leitung des Vereins, c) Mitgliedszahl, d) Den Mitteilungen gehören an: 1. Turner (Jahrg.), 2. Sport (Jahrg.), 3. Wandervogel (Jahrg.), 4. Sonstige (Jahrg.), e) Sportmöglichkeiten: 1. Fußball, 2. Schachball, 3. Basketball, 4. Schießsport, 5. Sonstige.

Rastensportverband Neuß und Umgebung. Rastensportverband Neuß und Umgebung. Die vom Bezirk Neuß-Rastensportverband des westdeutschen Spielverbands für den kommenden Sonntag ausgeschriebenem Rastensportfesten haben außerordentlich gute Beteiligung aus fast allen Städten und Orten des Bezirks gefunden. Über 300 Teilnehmer haben sich mit circa 500 Remington zum Wettbewerb gemeldet. Hochinteressante Kämpfe stehen bevor, da aus dem Bezirk die besten Leichtathleten vertreten sein werden. Die Wettkämpfe beginnen morgen (Sonntag) um 10 Uhr. Die Endkämpfe 3 Uhr nachmittags auf dem Platz des Vereins der Sportfreunde Neuß, dem die Durchführung übertragen worden ist. Nachmittags ab 5 Uhr Konzert. Näheres siehe heutige Anzeige.

Aus dem Landkreise.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse für den Landkreis Neuß erläßt in dieser Nummer eine Bekanntmachung betr. die neuen Beiträge etc., worauf die Interessenten besonders aufmerksam gemacht sein.

Grimlinghausen, 2. Juli. Herr Kaplan Martin Mommert von Maria Himmelfahrt in Düsseldorf ist zum Kaplan in Grimlinghausen ernannt worden.

Aus dem Kreise Grevenbroich.

Grevenbroich, 1. Juli. Auf Einladung des Hrn. Pfarrers Schütz waren zahlreiche katholische Handwerkermeister am Mittwochabend im Saale bei Hofes versammelt. Herr Generalsekretär Schmidt aus Köln hielt einen sehr interessanten Vortrag über das ganze Wirtschaftssystem und über die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Handwerker. Alle Anwesenden erklärten ihren Beitritt in den kath. Handwerkermeisterverein. Der bis heute noch bestehende Handwerkerverein Grevenbroich habe voll und ganz den Zweck seines Bestehens erreicht, könne aber unter den heutigen Verhältnissen nicht mehr in der bisherigen Art weitergeführt werden. Die Entscheidung bleibt auf alle Fälle in der Hand der Mitglieder. Die Entscheidung unter dem Titel: Entscheidung der Handwerkermeister Grevenbroich. Eine bestimmte diesbezügliche Entscheidung soll erst in der bevorstehenden Generalversammlung des Handwerkervereins, zu welcher Herr Generalsekretär Schmidt auch sein Erscheinen angefordert, gefaßt werden.

Hemmerden, 2. Juli. In der gestrigen Bürgermeisterversammlung wurde unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Hansen folgende Beschlüsse gefaßt: 1. Zur Bekämpfung der Spagapflege werden in Zukunft für jeden abgeklärten Spagapflege 10 Pf. für jedes Spagapflege 6 Pf. vom Bürgermeisterrat gestiftet. Es wird erwartet, daß hiervon reichlich Gebrauch gemacht wird, da die Spagapflege geradezu unentbehrlich geworden ist. 2. Bürgermeisterrat erklärt sich damit einverstanden, daß die 2. A. r. a. m. in das von der Gemeinde Hemmerden zu kaufende Wohnhaus ein Haus am Rindweg verlegt werden und vorläufig dort solange verbleiben, bis ein Neubau errichtet oder für den ein Ersatz gefunden wird, mindestens aber für drei Jahre. Dieser Bescheid soll vor Ablauf von drei Jahren nicht geändert werden. Durch diesen Bescheid hat der Bürgermeisterrat beschlossen, daß er die schwierige Frage so lösen will, daß sowohl Hemmerden als auch Kapellen damit zufrieden sein können. Wagt doch das zu kaufende Haus gleichmäßig in der Mitte zwischen den beiden Ortsteilen. 3. Als Beisitzer für das Mietelngangsamt sind zu werden gewählt: aus dem Kreise der Mieter der Fabrik, Friedrich Stark in Hemmerden, aus dem Kreise der Vermieter der Wirt Haag in Kapellen. Durch die Errichtung des Mietelngangsamtes ist eine Wohnungsvermittlung nach nicht eingeführt. In der Hauptsache können durch das Amt Mietern auf die Dauer eines Jahres verleiht werden. Jeder Wohnungsinhaber hat das Recht, seinen Mietern auf eine angemessene Höhe herabgesetzt werden. Jeder Wohnungsinhaber hat das Recht, seinen Mietern auf eine angemessene Höhe herabgesetzt werden. Jeder Wohnungsinhaber hat das Recht, seinen Mietern auf eine angemessene Höhe herabgesetzt werden.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 3. Juli. Der Reichstag erlebte gestern wieder einen großen Tag. Es war etwas los. Zunächst berichtete Ernährungsminister Dr. Hermes über den Stand unserer Volksernährung im Sinne der auch an anderer Stelle abgegebenen Erklärungen. Minister des Reichs Dr. Simon sprach über die politischen Überlegungen. Die Parteien der Regierung haben einen Antrag eingebracht, der besagt: Der Reichstag hat die Erklärungen der Reichsregierung vom 23. Juni 1920 zur Kenntnis genommen. Er erwartet von der Regierung, daß sie diesen Erklärungen entsprechend die Politik des Reichs insbesondere auch bei den bevorstehenden Verhandlungen in Spa führen wird.

Die weitere Debatte tief den ehemaligen Staatssekretär Dr. Helfferich auf den Plan, der ein scharfes Wort witt. Schon im Anfang wird er vielfach unterbrochen, als er ausführt: Die Erklärung des Reichsfinanzministers ist von geradezu niederschmetterndem Eindruck. Sie sehen aus den unheimlichen Zahlen den Zerfall unseres Gemeinwesens und den ganzen Geist der Zukunft. (Lärm und Zurufe der Unabhängigen Sozialdemokraten: Sie sind schuld daran! Ironische Zurufe: Auf! Der Angeklagte hat das Wort!) Sind Sie der Staatsanwalt? Unser Volk ist vom elendsten Untergang bedroht. Natürlich kam auch die Erzbergerfrage ins Rollen. Er führte u. a. aus: Der Angriff, daß von mir keine Kriegsteuern gemacht worden sind, trifft mich aufs allergeringste. Ich habe das Reichsschatzamt erst während des Krieges im Februar 1915 übernommen. Es waren damals im Staatskassen keine Kriegsteuern vorgesehen. Ich berufe mich auf den württembergischen Finanzminister Bischoff, daß ich sofort darauf aufmerksam machte, daß wir, wenn der Krieg länger dauere als bis zum Herbst, nicht um eine Kriegsteuer herumkommen. Ich habe die deutschen Finanzminister zusammengerufen, ihnen das selbe erklärt. Die Widerstände dagegen machten sich nicht nur im Bundesrat, sondern auch im Reichstage geltend. Der Abgeordnete Spahn wird bezogen, daß ein Mitglied der Zentrumspartei gesagt hat, Kriegsteuern müßten unbedingt vermieden werden. (Lärm des Abg. Heim: Namen nennen!) Ich brauche den Namen nicht zu nennen, aber wenn Sie es durchaus wissen wollen, er heißt Erzberger! (Stürmische Geheißer.)

In passender Form antwortete Finanzminister Dr. Wirth: In 24 Stunden befinden sich Mitglieder der Regierung auf dem Wege nach Spa. Niemand von uns drängt sich nach Spa. Man wird uns nachführen können, daß wir nicht nur betrübt, sondern sogar entsetzt sind darüber, daß uns 24 Stunden vorher hier eine solche Rede gehalten wird. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum und links. Lärm rechts.) Dr. Helfferich hat uns eine historische Vorlesung gehalten. Diese beweist es aber nicht, daß wir einen anderen Frieden hätten bekommen können. (Zuruf: Das sagt ein deutscher Minister!) In Weimar hätten die Deutschnationalen die Möglichkeit gehabt, die Verantwortung zu übernehmen. Wenn schon eine Rede eines Deutschnationalen hier derartige tumultuarische Szenen hervorruft, was meinen Sie, was für einen Tumult in Deutschland es hervorgerufen hätte, wenn die Deutschnationalen in die Regierung gekommen wären. Wir sind im Begriff, Verhandlungspolitik zu treiben, und da wird 24 Stunden vorher derartig die Brandfackel der Zwietracht in dieses Haus geschleudert. (Großer Lärm rechts, links, Beifall, Reichstagskammer beschallt.) Der frühere Führer der Deutschnationalen, der verehrungswürdige Graf Posadowski, hat mir gesagt: Machen Sie sich nie populär, ein Finanzminister darf nicht populär sein, und was mußte ich unmittelbar darauf tun? Ich mußte eine Forderung der Deutschnationalen zurückweisen, die uns Hunderte von Millionen gekostet hätte. (Zuruf rechts: Für die Kriegsschuldigen!) Nein, für die Besatzungsarmee.

Mitglied des Reichstags ist leicht Politik machen, was Herr Helfferich hier treibt, ist aber keine Politik, sondern Historie. Lieber die Geschichte wird aber nicht in diesem Saale entschieden, sondern draußen in der Welt. (Lebhafte Beifall, Zuruf der Unabhängigen: Was sagt der Kanzler?)

Es folgen die zweiten Reden der einzelnen Fraktionen. Am Schluß erregt noch Reichstagskammer F. e. h. n. a. d. das Wort, indem er ausführt: Morgen gehen wir einen schweren Gang. Seien Sie überzeugt, wir werden unser Amt in Spa mit größter Würde wahren. Was uns erwartet, ist noch unklar. Noch besteht die Hoffnung, daß wir an einen gemeinsamen Verhandlungstisch kommen und daß auch ein Resultat herauskommt. Der ehrliche Wille des deutschen Volkes ist da, die uns auferlegten Bedingungen nach Möglichkeit zu erfüllen. Aber wir legen auch die Hoffnung, daß unsere Gegner von unsern ehrlichen Willen überzeugt, aber die Leistungsfähigkeit muß für uns die Grenze sein. Ich bitte, uns in dieser schweren Stunde unser Amt nicht durch feindschaftliche Kämpfe im Innern zu erschweren. (Lebhafte Beifall.)

Neueste Nachrichten.

Die deutsche Abordnung.

Berlin, 2. Juli. An der Konferenz in Spa werden, wie nunmehr feststeht, von deutscher Seite folgende Persönlichkeiten teilnehmen: Der Reichskanzler Grethendach, Staatssekretär Albert, Reichsminister des Reichs Simon, Reichsfinanzminister Wirth, Reichswirtschaftsminister Scholz, Reichsernährungsminister Hermes, Leiter des Wiederaufbauamtes Staatssekretär Müller, ferner vom Auswärtigen Amt Ministerialdirektor v. Simson, die Geheimräte von Keller und von Roehrsen, Legationsrat Buche von der Presseabteilung, vom Reichsfinanzministerium Staatssekretär Schreiber und Ministerialrat Neuf, von der Kriegskostenkommission Staatssekretär Bergmann, von den wirtschaftlichen Abteilungen die Geheimräte Le Suire, Metz, Kuppel, Staatsrat von Meinel und Geheimrat Jellinger, vom Reichswehrministerium die Majore Micheli, von Voeltzger und Vogt. Es wird weiter eine Reihe von führenden Sachverständigen auf dem Gebiete der Wirtschaft und Finanzen nachreisen, falls es der Gang der Verhandlungen erforderlich machen sollte.

Die Zentrumsfraktion.

Berlin, 2. Juli. Die Zentrumsfraktion hat zur Entlastung des ersten Vorsitzenden, Geheimrat Trimborn, den Abgeordneten Schwarz (Frankfurt) als Geschäftsführer der Fraktion bestellt.

Das Zentrum in den Reichstagsausschüssen.

Berlin, 2. Juli. Die Besetzung des Haushaltsausschusses haben wir bereits mitgeteilt. In den übrigen Ausschüssen ist das Zentrum wie folgt vertreten: Volkswirtschaftlicher Ausschuss: Abg. Baum, ten Gompel, Lange-Heemann, Dieb, Wieber, Petitionsausschuss: von Guericke, Treumel, Jermann und Pennemann; Geschäftsausschuss: Dr. Spahn, Dr. Pfeiffer, Hofmann (Waldschaffen); Rechnungsausschuss: Alcotie und Schwarz (Frankfurt); Sozialer Ausschuss: Dr. Bell, Gibe, Andree,

Leuch; Heberwangausschuss: Spahn u. Gerold; Ausschuss zur Ausführung des Friedensvertrages: Dr. Schreiber, Neuf und Schlad; Kapitalflucht-ausschuss: ten Gompel und Schlad; Arbeitsbeschäftigungsausschuss: Dr. Spahn; Reichsschuldenkommission: Dr. Pfeiffer; Beirat für die Elektrizitätsverwaltung: ten Gompel, für das Wahlprüfungsgericht welches bekanntlich beim Reichsgericht errichtet ist, Dr. Spahn. Ferner hat die Fraktion beschlossen, einen besonderen Fraktionsausschuss für die Angelegenheit der besetzten Gebiete zu bilden, dem acht Mitglieder der Fraktion angehören werden.

Der Steuerabzug.

Berlin, 2. Juli. Im Steueraussschuß des Reichstages gab bei der Beratung der Anträge über den zehnprozentigen Steuerabzug der Reichsfinanzminister Dr. Wirth eine Erklärung ab, in der es unter anderem heißt:

Das Reichsfinanzministerium hat durch den Erlass der bisherigen Bestimmungen lediglich die Vorschriften des § 45 ff. des Einkommensteuergesetzes ausgeführt, die das Prinzip der Steuererhebung an der Quelle enthalten. Obwohl alle Mängel, die mit der Steuererhebung an der Quelle verbunden sind, vom Steueraussschuß der Nationalversammlung anerkannt und gewürdigt worden waren, hat man sich angesichts der furchtbaren Finanzlage des Reiches doch zu ihrer Einführung entschlossen. Von diesem wohlgegründeten Beschluß werden Sie auch jetzt wohl nicht zurückgehen können, denn erstens würde ein Steuerabzug eintreten, der so erheblich ist, daß das Reich ihn einfach nicht ertragen kann und zweitens würde, wenn wir die Durchführung der Steuererhebung in diesem Punkte durchbrechen, jetzt und in Zukunft mit gefährlichen Steuerabzügen gerechnet werden müssen. Die erfolgreiche Sabotage der Steuer würde aber das Chaos bedeuten. Wird jetzt der Steuerabzug nicht durchgeführt, so wäre für die nächste Zukunft der Hauptleidtragende nicht das Reich, sondern es wären dies die Länder und Gemeinden. Ich weise darauf hin, daß die Bestimmungen über den Steuerabzug vom Naturallohn einzuweisen ausgelegt sind und daß dafür gefordert ist, daß, wenn die endgültig zu zahlende Einkommensteuer geringer sein wird, eine sofortige Erstattung des zuviel erhobenen Betrages erfolgt. Die Zahl dieser Fälle wird aber, glaube ich, überschätzt. Eine Aufhebung des Steuerabzuges bedeutet für den Fiskus einen Verzicht auf eine vollständige Erfassung des Arbeitseinkommens überhaupt.

Die jetzige Bewegung im Lande gegen den Steuerabzug beruht zum größten Teil auf Mißverständnissen der gesetzlichen Vorschriften, Unterstützung der staatlichen Notwendigkeiten und auf einer völligen Verkennung der ungeheuren Tragweite, die eine Steuerabgabe gerade im gegenwärtigen Augenblick für den Bestand von Reich, Ländern und Gemeinden haben müßte.

Der Minister schloß mit einem dringenden Appell an alle führenden Persönlichkeiten, aufstehend und beruhigend einzuwirken, denn es handele sich um Sein und Nichtsein des Reiches, um den Bestand von Ländern und Gemeinden.

Die Debatte wird morgen fortgesetzt. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt.

Rheinland-Westfalen.

Düsseldorf, 1. Juli. Der Geheim Regierungsrat und Verordnungsrat Dr. Schütz im Ministerium für Landwirtschaft, Forsten und Jochen ist mit Wirkung vom 1. Juli 1920 zum Landwirtschaftsminister in Düsseldorf ernannt worden.

Düsseldorf, 2. Juli. In der gestrigen Stadtratsversammlung kam es zu einer Erörterung recht unerquicklicher Art. Die Unabhängigen entzweiten sich über angebliche Verdrängung bei der Einrichtung der Dienstwohnung des Oberbürgermeisters, bei der Zapfen von 75 Mark die Rolle verwandt werden sollen, und klagten über unbillige Fahrten des Oberbürgermeisters mit dem Kraftwagen. Die Unabhängigen gegenüber erklärte Stadtratsrat Dr. Baum als namens der beiderseitigen Parteien, daß seinerzeit die Bewilligung des Kraftwagens zu dienstlichen und außerdienstlichen Zwecken für den Oberbürgermeister in den Dienstleistungsbedingungen festgelegt worden sei und daß auch die Unabhängigen selbst diesen Bedingungen zugestimmt hätten. Der Oberbürgermeister habe sich seinen Vorbehalt, über den Kraftwagen verfügen zu können, von seiner Kritik ausgehend zu sein. Gegen das Vorgehen der Unabhängigen erhob der Redner scharfen Widerspruch. Die Verwaltung stelle dann noch fest, daß der Preis der Zapfen für die Dienstwohnung des Oberbürgermeisters durchschnittlich 12 bis 15 Mark und im Höchstfalle 25 Mark betrage. Die Unabhängigen wurden immer feindlicher. Der Oberbürgermeister führte in scharfer Form die Dinge auf das tatsächliche Maß zurück. Er erklärte, daß derartige Erörterungen außerordentlich peinlich seien, und daß die betreffenden Stadtratsmitglieder in Zukunft doch rechtzeitig zu erwidern. Er selbst liege zu jeder Auskunft zur Verfügung. Wenn die Stadtratsmitglieder jedoch ihm nicht mehr Vertrauen schenken, dann sollten sie es ruhig sagen. Er habe wiederholt erklärt, daß er nicht an seinen Posten liege und sein Amt in bessere Hände legen wolle.

Düsseldorf, 1. Juli. Der Streit der städtischen Arbeiter ist beendet. Nachdem bereits in den letzten Tagen immer mehr Streikende abgewandert waren, ist jetzt auch der letzte Rest der Unabhängigen, der Arbeiter des Gas- und Elektrizitätswerkes, in den Betrieb zurückgekehrt. Freilich hat die Verwaltung, da ohnehin die Beschäftigung in den Betrieben seit der Demobilisierung zu stark war, nicht alle wieder aufgenommen; man hat also gleichzeitig den Streik als das beste Mittel zum Abbau bemerkt. Das Ende des streikenden Streiks bedeutet für die Stadt einen vollen Erfolg, da die Arbeiter bedingungslos die Waffen gestreckt haben. Das ist um so bemerkenswerter, als es sich bei diesem Streik um einen politischen Kampf handelte, nämlich um die Anerkennung des Gewerkschaftsverbandes, den die hauptsächlich dem Syndikatsmännchen huldigenden Arbeiter endgültig nicht anerkennen wollten. Der Streik bewies, daß die Stadt mit den Gewerkschaften abgerückten Arbeiter trotz der Verhältnisse im Stande war, einen vollen Erfolg zu erzielen, was die Arbeiter bedingungslos die Waffen gestreckt haben. Das ist um so bemerkenswerter, als es sich bei diesem Streik um einen politischen Kampf handelte, nämlich um die Anerkennung des Gewerkschaftsverbandes, den die hauptsächlich dem Syndikatsmännchen huldigenden Arbeiter endgültig nicht anerkennen wollten. Der Streik bewies, daß die Stadt mit den Gewerkschaften abgerückten Arbeiter trotz der Verhältnisse im Stande war, einen vollen Erfolg zu erzielen, was die Arbeiter bedingungslos die Waffen gestreckt haben.

Der Streik ist beendet. Nachdem bereits in den letzten Tagen immer mehr Streikende abgewandert waren, ist jetzt auch der letzte Rest der Unabhängigen, der Arbeiter des Gas- und Elektrizitätswerkes, in den Betrieb zurückgekehrt. Freilich hat die Verwaltung, da ohnehin die Beschäftigung in den Betrieben seit der Demobilisierung zu stark war, nicht alle wieder aufgenommen; man hat also gleichzeitig den Streik als das beste Mittel zum Abbau bemerkt. Das Ende des streikenden Streiks bedeutet für die Stadt einen vollen Erfolg, da die Arbeiter bedingungslos die Waffen gestreckt haben. Das ist um so bemerkenswerter, als es sich bei diesem Streik um einen politischen Kampf handelte, nämlich um die Anerkennung des Gewerkschaftsverbandes, den die hauptsächlich dem Syndikatsmännchen huldigenden Arbeiter endgültig nicht anerkennen wollten. Der Streik bewies, daß die Stadt mit den Gewerkschaften abgerückten Arbeiter trotz der Verhältnisse im Stande war, einen vollen Erfolg zu erzielen, was die Arbeiter bedingungslos die Waffen gestreckt haben.

M. Glad. Handelte gegenüber dem Reichsgericht. Dr. Schreiber, Neuf und Schlad; Kapitalflucht-ausschuss: Dr. Spahn; Reichsschuldenkommission: Dr. Pfeiffer; Beirat für die Elektrizitätsverwaltung: ten Gompel, für das Wahlprüfungsgericht welches bekanntlich beim Reichsgericht errichtet ist, Dr. Spahn. Ferner hat die Fraktion beschlossen, einen besonderen Fraktionsausschuss für die Angelegenheit der besetzten Gebiete zu bilden, dem acht Mitglieder der Fraktion angehören werden.

Der Steuerabzug.

Berlin, 2. Juli. Im Steueraussschuß des Reichstages gab bei der Beratung der Anträge über den zehnprozentigen Steuerabzug der Reichsfinanzminister Dr. Wirth eine Erklärung ab, in der es unter anderem heißt:

Das Reichsfinanzministerium hat durch den Erlass der bisherigen Bestimmungen lediglich die Vorschriften des § 45 ff. des Einkommensteuergesetzes ausgeführt, die das Prinzip der Steuererhebung an der Quelle enthalten. Obwohl alle Mängel, die mit der Steuererhebung an der Quelle verbunden sind, vom Steueraussschuß der Nationalversammlung anerkannt und gewürdigt worden waren, hat man sich angesichts der furchtbaren Finanzlage des Reiches doch zu ihrer Einführung entschlossen. Von diesem wohlgegründeten Beschluß werden Sie auch jetzt wohl nicht zurückgehen können, denn erstens würde ein Steuerabzug eintreten, der so erheblich ist, daß das Reich ihn einfach nicht ertragen kann und zweitens würde, wenn wir die Durchführung der Steuererhebung in diesem Punkte durchbrechen, jetzt und in Zukunft mit gefährlichen Steuerabzügen gerechnet werden müssen. Die erfolgreiche Sabotage der Steuer würde aber das Chaos bedeuten. Wird jetzt der Steuerabzug nicht durchgeführt, so wäre für die nächste Zukunft der Hauptleidtragende nicht das Reich, sondern es wären dies die Länder und Gemeinden. Ich weise darauf hin, daß die Bestimmungen über den Steuerabzug vom Naturallohn einzuweisen ausgelegt sind und daß dafür gefordert ist, daß, wenn die endgültig zu zahlende Einkommensteuer geringer sein wird, eine sofortige Erstattung des zuviel erhobenen Betrages erfolgt. Die Zahl dieser Fälle wird aber, glaube ich, überschätzt. Eine Aufhebung des Steuerabzuges bedeutet für den Fiskus einen Verzicht auf eine vollständige Erfassung des Arbeitseinkommens überhaupt.

Die jetzige Bewegung im Lande gegen den Steuerabzug.

beruht zum größten Teil auf Mißverständnissen der gesetzlichen Vorschriften, Unterstützung der staatlichen Notwendigkeiten und auf einer völligen Verkennung der ungeheuren Tragweite, die eine Steuerabgabe gerade im gegenwärtigen Augenblick für den Bestand von Reich, Ländern und Gemeinden haben müßte.

Der Minister schloß mit einem dringenden Appell an alle führenden Persönlichkeiten, aufstehend und beruhigend einzuwirken, denn es handele sich um Sein und Nichtsein des Reiches, um den Bestand von Ländern und Gemeinden.

Die Debatte wird morgen fortgesetzt. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt.

Rheinland-Westfalen.

Düsseldorf, 1. Juli. Der Geheim Regierungsrat und Verordnungsrat Dr. Schütz im Ministerium für Landwirtschaft, Forsten und Jochen ist mit Wirkung vom 1. Juli 1920 zum Landwirtschaftsminister in Düsseldorf ernannt worden.

Düsseldorf, 2. Juli. In der gestrigen Stadtratsversammlung kam es zu einer Erörterung recht unerquicklicher Art. Die Unabhängigen entzweiten sich über angebliche Verdrängung bei der Einrichtung der Dienstwohnung des Oberbürgermeisters, bei der Zapfen von 75 Mark die Rolle verwandt werden sollen, und klagten über unbillige Fahrten des Oberbürgermeisters mit dem Kraftwagen. Die Unabhängigen gegenüber erklärte Stadtratsrat Dr. Baum als namens der beiderseitigen Parteien, daß seinerzeit die Bewilligung des Kraftwagens zu dienstlichen und außerdienstlichen Zwecken für den Oberbürgermeister in den Dienstleistungsbedingungen festgelegt worden sei und daß auch die Unabhängigen selbst diesen Bedingungen zugestimmt hätten.

Der Oberbürgermeister habe sich seinen Vorbehalt, über den Kraftwagen verfügen zu können, von seiner Kritik ausgehend zu sein. Gegen das Vorgehen der Unabhängigen erhob der Redner scharfen Widerspruch. Die Verwaltung stelle dann noch fest, daß der Preis der Zapfen für die Dienstwohnung des Oberbürgermeisters durchschnittlich 12 bis 15 Mark und im Höchstfalle 25 Mark betrage. Die Unabhängigen wurden immer feindlicher. Der Oberbürgermeister führte in scharfer Form die Dinge auf das tatsächliche Maß zurück. Er erklärte, daß derartige Erörterungen außerordentlich peinlich seien, und daß die betreffenden Stadtratsmitglieder in Zukunft doch rechtzeitig zu erwidern. Er selbst liege zu jeder Auskunft zur Verfügung. Wenn die Stadtratsmitglieder jedoch ihm nicht mehr Vertrauen schenken, dann sollten sie es ruhig sagen. Er habe wiederholt erklärt, daß er nicht an seinen Posten liege und sein Amt in bessere Hände legen wolle.

Düsseldorf, 1. Juli. Der Streit der städtischen Arbeiter ist beendet. Nachdem bereits in den letzten Tagen immer mehr Streikende abgewandert waren, ist jetzt auch der letzte Rest der Unabhängigen, der Arbeiter des Gas- und Elektrizitätswerkes, in den Betrieb zurückgekehrt. Freilich hat die Verwaltung, da ohnehin die Beschäftigung in den Betrieben seit der Demobilisierung zu stark war, nicht alle wieder aufgenommen; man hat also gleichzeitig den Streik als das beste Mittel zum Abbau bemerkt. Das Ende des streikenden Streiks bedeutet für die Stadt einen vollen Erfolg, da die Arbeiter bedingungslos die Waffen gestreckt haben. Das ist um so bemerkenswerter, als es sich bei diesem Streik um einen politischen Kampf handelte, nämlich um die Anerkennung des Gewerkschaftsverbandes, den die hauptsächlich dem Syndikatsmännchen huldigenden Arbeiter endgültig nicht anerkennen wollten. Der Streik bewies, daß die Stadt mit den Gewerkschaften abgerückten Arbeiter trotz der Verhältnisse im Stande war, einen vollen Erfolg zu erzielen, was die Arbeiter bedingungslos die Waffen gestreckt haben.

Der Streik ist beendet.

Nachdem bereits in den letzten Tagen immer mehr Streikende abgewandert waren, ist jetzt auch der letzte Rest der Unabhängigen, der Arbeiter des Gas- und Elektrizitätswerkes, in den Betrieb zurückgekehrt. Freilich hat die Verwaltung, da ohnehin die Beschäftigung in den Betrieben seit der Demobilisierung zu stark war, nicht alle wieder aufgenommen; man hat also gleichzeitig den Streik als das beste Mittel zum Abbau bemerkt. Das Ende des streikenden Streiks bedeutet für die Stadt einen vollen Erfolg, da die Arbeiter bedingungslos die Waffen gestreckt haben. Das ist um so bemerkenswerter, als es sich bei diesem Streik um einen politischen Kampf handelte, nämlich um die Anerkennung des Gewerkschaftsverbandes, den die hauptsächlich dem Syndikatsmännchen huldigenden Arbeiter endgültig nicht anerkennen wollten. Der Streik bewies, daß die Stadt mit den Gewerkschaften abgerückten Arbeiter trotz der Verhältnisse im Stande war, einen vollen Erfolg zu erzielen, was die Arbeiter bedingungslos die Waffen gestreckt haben.

Die jetzige Bewegung im Lande gegen den Steuerabzug.

beruht zum größten Teil auf Mißverständnissen der gesetzlichen Vorschriften, Unterstützung der staatlichen Notwendigkeiten und auf einer völligen Verkennung der ungeheuren Tragweite, die eine Steuerabgabe gerade im gegenwärtigen Augenblick für den Bestand von Reich, Ländern und Gemeinden haben müßte.

Der Minister schloß mit einem dringenden Appell an alle führenden Persönlichkeiten, aufstehend und beruhigend einzuwirken, denn es handele sich um Sein und Nichtsein des Reiches, um den Bestand von Ländern und Gemeinden.

Die Debatte wird morgen fortgesetzt. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt.

Rheinland-Westfalen.

Düsseldorf, 1. Juli. Der Geheim Regierungsrat und Verordnungsrat Dr. Schütz im Ministerium für Landwirtschaft, Forsten und Jochen ist mit Wirkung vom 1. Juli 1920 zum Landwirtschaftsminister in Düsseldorf ernannt worden.

Düsseldorf, 2. Juli. In der gestrigen Stadtratsversammlung kam es zu einer Erörterung recht unerquicklicher Art. Die Unabhängigen entzweiten sich über angebliche Verdrängung bei der Einrichtung der Dienstwohnung des Oberbürgermeisters, bei der Zapfen von 75 Mark die Rolle verwandt werden sollen, und klagten über unbillige Fahrten des Oberbürgermeisters mit dem Kraftwagen. Die Unabhängigen gegenüber erklärte Stadtratsrat Dr. Baum als namens der beiderseitigen Parteien, daß seinerzeit die Bewilligung des Kraftwagens zu dienstlichen und außerdienstlichen Zwecken für den Oberbürgermeister in den Dienstleistungsbedingungen festgelegt worden sei und daß auch die Unabhängigen selbst diesen Bedingungen zugestimmt hätten.

Der Oberbürgermeister habe sich seinen Vorbehalt, über den Kraftwagen verfügen zu können, von seiner Kritik ausgehend zu sein. Gegen das Vorgehen der Unabhängigen erhob der Redner scharfen Widerspruch. Die Verwaltung stelle dann noch fest, daß der Preis der Zapfen für die Dienstwohnung des Oberbürgermeisters durchschnittlich 12 bis 15 Mark und im Höchstfalle 25 Mark betrage. Die Unabhängigen wurden immer feindlicher. Der Oberbürgermeister führte in scharfer Form die Dinge auf das tatsächliche Maß zurück. Er erklärte, daß derartige Erörterungen außerordentlich peinlich seien, und daß die betreffenden Stadtratsmitglieder in Zukunft doch rechtzeitig zu erwidern. Er selbst liege zu jeder Auskunft zur Verfügung. Wenn die Stadtratsmitglieder jedoch ihm nicht mehr Vertrauen schenken, dann sollten sie es ruhig sagen. Er habe wiederholt erklärt, daß er nicht an seinen Posten liege und sein Amt in bessere Hände legen wolle.

Düsseldorf, 1. Juli. Der Streit der städtischen Arbeiter ist beendet. Nachdem bereits in den letzten Tagen immer mehr Streikende abgewandert waren, ist jetzt auch der letzte Rest der Unabhängigen, der Arbeiter des Gas- und Elektrizitätswerkes, in den Betrieb zurückgekehrt. Freilich hat die Verwaltung, da ohnehin die Beschäftigung in den Betrieben seit der Demobilisierung zu stark war, nicht alle wieder aufgenommen; man hat also gleichzeitig den Streik als das beste Mittel zum Abbau bemerkt. Das Ende des streikenden Streiks bedeutet für die Stadt einen vollen Erfolg, da die Arbeiter bedingungslos die Waffen gestreckt haben. Das ist um so bemerkenswerter, als es sich bei diesem Streik um einen politischen Kampf handelte, nämlich um die Anerkennung des Gewerkschaftsverbandes, den die hauptsächlich dem Syndikatsmännchen huldigenden Arbeiter endgültig nicht anerkennen wollten. Der Streik bewies, daß die Stadt mit den Gewerkschaften abgerückten Arbeiter trotz der Verhältnisse im Stande war, einen vollen Erfolg zu erzielen, was die Arbeiter bedingungslos die Waffen gestreckt haben.

Der Streik ist beendet.

Nachdem bereits in den letzten Tagen immer mehr Streikende abgewandert waren, ist jetzt auch der letzte Rest der Unabhängigen, der Arbeiter des Gas- und Elektrizitätswerkes, in den Betrieb zurückgekehrt. Freilich hat die Verwaltung, da ohnehin die Beschäftigung in den Betrieben seit der Demobilisierung zu stark war, nicht alle wieder aufgenommen; man hat also gleichzeitig den Streik als das beste Mittel zum Abbau bemerkt. Das Ende des streikenden Streiks bedeutet für die Stadt einen vollen Erfolg, da die Arbeiter bedingungslos die Waffen gestreckt haben. Das ist um so bemerkenswerter, als es sich bei diesem Streik um einen politischen Kampf handelte, nämlich um die Anerkennung des Gewerkschaftsverbandes, den die hauptsächlich dem Syndikatsmännchen huldigenden Arbeiter endgültig nicht anerkennen wollten. Der Streik bewies, daß die Stadt mit den Gewerkschaften abgerückten Arbeiter trotz der Verhältnisse im Stande war, einen vollen Erfolg zu erzielen, was die Arbeiter bedingungslos die Waffen gestreckt haben.

Die jetzige Bewegung im Lande gegen den Steuerabzug.

beruht zum größten Teil auf Mißverständnissen der gesetzlichen Vorschriften, Unterstützung der staatlichen Notwendigkeiten und auf einer völligen Verkennung der ungeheuren Tragweite, die eine Steuerabgabe gerade im gegenwärtigen Augenblick für den Bestand von Reich, Ländern und Gemeinden haben müßte.

Der Minister schloß mit einem dringenden Appell an alle führenden Persönlichkeiten, aufstehend und beruhigend einzuwirken, denn es handele sich um Sein und Nichtsein des Reiches, um den Bestand von Ländern und Gemeinden.

Die Debatte wird morgen fortgesetzt. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt.

Rheinland-Westfalen.

Düsseldorf, 1. Juli. Der Geheim Regierungsrat und Verordnungsrat Dr. Schütz im Ministerium für Landwirtschaft, Forsten und Jochen ist mit Wirkung vom 1. Juli 1920 zum Landwirtschaftsminister in Düsseldorf ernannt worden.

Düsseldorf, 2. Juli. In der gestrigen Stadtratsversammlung kam es zu einer Erörterung recht unerquicklicher Art. Die Unabhängigen entzweiten sich über angebliche Verdrängung bei der Einrichtung der Dienstwohnung des Oberbürgermeisters, bei der Zapfen von 75 Mark die Rolle verwandt werden sollen, und klagten über unbillige Fahrten des Oberbürgermeisters mit dem Kraftwagen. Die Unabhängigen gegenüber erklärte Stadtratsrat Dr. Baum als namens der beiderseitigen Parteien, daß seinerzeit die Bewilligung des Kraftwagens zu dienstlichen und außerdienstlichen Zwecken für den Oberbürgermeister in den Dienstleistungsbedingungen festgelegt worden sei und daß auch die Unabhängigen selbst diesen Bedingungen zugestimmt hätten.

Der Oberbürgermeister habe sich seinen Vorbehalt, über den Kraftwagen verfügen zu können, von seiner Kritik ausgehend zu sein. Gegen das Vorgehen der Unabhängigen erhob der Redner scharfen Widerspruch. Die Verwaltung stelle dann noch fest, daß der Preis der Zapfen für die Dienstwohnung des Oberbürgermeisters durchschnittlich 12 bis 15 Mark und im Höchstfalle 25 Mark betrage. Die Unabhängigen wurden immer feindlicher. Der Oberbürgermeister führte in scharfer Form die Dinge auf das tatsächliche Maß zurück. Er erklärte, daß derartige Erörterungen außerordentlich peinlich seien, und daß die betreffenden Stadtratsmitglieder in Zukunft doch rechtzeitig zu erwidern. Er selbst liege zu jeder Auskunft zur Verfügung. Wenn die Stadtratsmitglieder jedoch ihm nicht mehr Vertrauen schenken, dann sollten sie es ruhig sagen. Er habe wiederholt erklärt, daß er nicht an seinen Posten liege und sein Amt in bessere Hände legen wolle.

Düsseldorf, 1. Juli. Der Streit der städtischen Arbeiter ist beendet. Nachdem bereits in den letzten Tagen immer mehr Streikende abgewandert waren, ist jetzt auch der letzte Rest der Unabhängigen, der Arbeiter des Gas- und Elektrizitätswerkes, in den Betrieb zurückgekehrt. Freilich hat die Verwaltung, da ohnehin die Beschäftigung in den Betrieben seit der Demobilisierung zu stark war, nicht alle wieder aufgenommen; man hat also gleichzeitig den Streik als das beste Mittel zum Abbau bemerkt. Das Ende des streikenden Streiks bedeutet für

Gernsprechen

Die „N
mit:
mit:
mit:
Gleich

Nr.

**Inter
hri**

Die V
die Anwe
Arbeitsmi
gesetzgebun
höht. Er
Staatsma
der sozial
scheiden L
persönliche
können, d
jemand, d
zu viel zu
ber brauch
wünschte,
gelingen n
international
Leben zu
Aufgabe.

Die S
anspielte,
einstellen,
einer inte
sation han
nal“ als
liche, aber
muß rühm
zum erste
Bänden W
genßberste
herrschte,
Seiße deu
arbeiten.
mente, al
beeße erste
schaft den
terz folge
wolle aus
Entschluß
gen allein
geführt un
Erklärung
Zirnheld
stentliebe.“
fische Abso
wäre zu
genheßen
muß nicht
auch gege
Mögen G
die Beschä
nationale
Brachten
nung, ind

Die M
nerung an
und achtzi
fast regel
terzeit wo
umhertum
in den be
worden.
mit viel
Eine Fäul
Bale wird
rung zu gl
bald wiede

Die W
die Meteor
die Winte
den sind.
im März
kultur die
berie Ver
ropa zurd
Gebietste
lichen G
Atima. G
Depressio
mit Troch
taler Hoch
haben nur
aber Mitte
ben hat.
figer Gast,
Kälte vern
in den leg
sch meist
wieder in

Prof. v
schen Dep
westlichen
Temperatu
Gebieten v
Raien inte
er bis auf
Winden zu